

Austausch mit MdL Thomas L. Kemmerich (FDP) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mit Bibel und Grundgesetz. Der Beauftragte trifft ...“ am Montag, d. 18. März 2024 um 19.30 Uhr in 98574 Schmalkalden im Elisabethsaal des Gemeindehauses St. Georg

MdL Thomas L. Kemmerich:

Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit zu diesem Gespräch heute. Ich schätze es sehr, dass es die Gelegenheit für eine unaufgeregte und sachliche Debatte gibt. Wir leben heute in einer aufgeheizten gesellschaftlichen Situation. Die Zündschnüre bei vielen Menschen sind kurz. Das erlebt, glaube ich, jeder privat in seinem Umfeld. Es geht dann nicht um Fußball oder banale Dinge, sondern um unsere Zukunft. Viele Leute machen sich mit Recht Sorgen: Sorgen um die Zukunft der Kinder oder der Enkel, Sorgen auch um die Zukunft der Generation im Ruhestand. Woraus ziehen wir unsere Kraft und unsere Wertevorstellungen? Gestatten Sie mir diese persönliche Note: Ja, ich bin in Aachen geboren. Ich habe sogar eine bischöfliche Schule besucht, bin katholisch getauft. Insofern habe ich schon von Kindesbeinen an viel auseinandergesetzt mit den Fragen, über die wir heute auch diskutieren. Freilich war früher die Rivalität größer. Das ist heute anders – mehr beieinander. Dennoch sitze ich jetzt als Liberaler hier und nicht als Christdemokrat. Ich glaube, in Aachen waren sie alle Christdemokraten, bis auf ganz wenige. Das hat sich geändert. Wir Freien Demokraten stehen zur positiven genauso wie zur negativen Religionsfreiheit.

In unserem Wahlprogramm kommt das Wort „christlich“ nicht vor. Das ergibt sich für uns so aus unserem Grundgesetz. Religionsfreiheit ist garantiert, aber wir schreiben keinen bestimmten Glauben vor. Aber natürlich wissen wir um die Traditionsstränge, die zu unserem Grundgesetz geführt haben: Die Tradition unserer Verfassungen fußt u.a. auf dem jüdisch-christlichen Abendland. Diese abendländlichen Traditionen fließen ein in unsere Arbeit. Wir stehen für ein weltoffenes Thüringen. Das ist in diesen Tagen sehr umstritten, umso wichtiger ist uns, diese Weltoffenheit zu betonen. Sicher kommen wir im Laufe des Abends noch dazu, dies zu differenzieren. Bei der großen Unsicherheit, die wir momentan erleben, halte ich es für sehr wichtig, dass eine Wertegemeinschaft wie die christlichen Kirchen an der Seite der Menschen stehen – und dass nicht nur zum Trost spenden! Wir brauchen Gemeinschaften wie

die Kirchen, damit wir aus dem dort überlieferten Wertekanon auch Schlussfolgerungen bilden.

Wir haben letzte Woche im Thüringer Landtag über Ergänzungen zur Thüringer Landes-Verfassung beraten. Ich habe Jura studiert, tatsächlich auch einen Abschluss gemacht: Ich halte unsere Verfassung so, wie sie jetzt ist, für mehr als ausreichend. Aus dieser Verfassung, die wir uns gegeben haben in Deutschland, wie auch in Thüringen, können wir aktuelle Schlussfolgerungen ableiten. Nicht alles, was jetzt modern erscheint, muss in der Verfassung auftauchen. Ich denke, auch der Grundkanon von Religion ist dafür da, dass wir auf Traditionen aufbauen und aus diesen aktuelle Schlussfolgerungen ziehen.

Auf der einen Seite ist mir sehr wichtig zu betonen, dass wir in einem säkularen Staat. Wir haben eine klare Trennung zwischen Politik und Religion. Wir sehen in den globalen Auseinandersetzungen, dass dort Konflikte groß werden, wo Religion Staatsreligion ist und die Staatsraison bestimmt. Oft wird Religion als Machtinstrument missbraucht. Früher war das auch bei uns so. Menschen wurden religiös bevormundet. Dagegen stehe ich als Liberaler.

Wir leben in einer aufgeklärten Gesellschaft, wir wollen in einer freien und mündigen Gesellschaft leben - da müssen wir den Menschen auch wieder Mut machen, diese Aufgeklärtheit auch wahrzunehmen. Oft haben die Menschen den Eindruck, dass sie nicht mehr sagen können, was sie denken. Dieser Eindruck resultiert nicht aus einem gesetzlichen Verbot oder einer Strafe, die dann folgt, sondern aus einer Debatten-Kultur, die wir uns angewöhnt haben: Die Zündschnüre sind kurz, die Nerven liegen häufig blank. Ich erlebe es im politischen Raum oder auch im privaten Bereich: Sobald man eine Position bezieht, die nicht mehr allgemein gültig ist oder auf Widerspruch stößt, dass sich Fronten aufbauen, die einander unversöhnlich gegenüberstehen. Manchmal muss man schon in der Familie oder im Freundeskreis Themen vermeiden, damit macht noch fröhlich beieinander bleiben kann und der Abend ein gutes Ende nimmt.

Es wurde auch nach Reibungspunkten zwischen unserer Programmatik und dem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild gefragt.

Wir Liberalen würden gern die Staatsleistungen an die Kirchen ablösen. Löst man die Verpflichtungen ab, die sich aus Verträgen von vor langer Zeit ergeben oder bleibt man bei einer jährlichen Finanzierung?

Das ist ein Anliegen, was auf jeden Fall von uns Liberalen sehr betrieben wird. Ich wäre da jetzt nicht so verbissen. Doch die Frage muss man klären: Wollen wir die Säkularität noch stärker betonen? Zugleich sehen auch wir, dass gerade die Kirchen sich mittels vieler ehrenamtlich Engagierter um Menschen und anders kaum lösbare Aufgaben kümmern, Aufgaben, die die öffentliche Hand niemals auch noch erledigen könnten. Ihr Kirchen müsst oft Lückenbüßer sein für Dinge, mit denen der Staat überlastet ist.

Auch müssen wir wieder zu einer Gesellschaft kommen, die weniger auf den Staat schaut mit ihren Erwartungen für alles Mögliche. Ich provoziere gern mit dem Satz, dass wir uns in 20 Jahren angewöhnt haben, dass Mama Merkel und Vater Staat alle Probleme für uns löst. Und jetzt ist es Papa Olaf und Vater Staat, wenn man das so nennen will.

Mir ist wichtig, dass wir den Leuten wieder Mut machen, sich selbst zu helfen. Ich zitiere meine Großmutter: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott.“ Dieser Satz ist schnell gesagt, doch ich halte die dahinter stehende Haltung für wichtig. Wer so spricht, delegiert nicht die Verantwortung, die wir für unser eigenes Leben haben, auf Dritte. Erst einmal ist jeder selbst verantwortlich - und dann erst steht die Gesellschaft an der Seite der Menschen, die sich nicht selbst helfen können. Wenn jedoch immer mehr auch die, die sich selbst helfen könnten, bei allem möglichen nach dem Staat rufen, dann führt das zu dem, was wir gerade erleben: Wir überfordern den Staat und verfallen einer paternalistischen Sehnsucht.

Nehmen Sie die aktuelle Debatte zur Wehrpflicht und jetzt am Wochenende die Debatte zu einer Wehrkunde im Schul-Unterricht. Ich finde: Eine Gesellschaft und insbesondere ihre Jugend muss auf die etwas härteren Einschlüge im Leben vorbereitet sein. Ich bin Vater von sechs Kindern, und ich denke, dass wir oftmals unseren Kindern zu wenig zumuten. Auch in der Schule können Sie das sehen. Das geht los mit Kopfnoten, mit Disziplin. Es gibt ja sogar den Vorschlag, dass wir gar keine Noten mehr geben sollten, weil wir uns scheuen, rote Farbe an die Klassenarbeit an die Seite zu schreiben, weil das ein Trauma geben könnte.

Wir machen Bundesjugendspiele ohne Maßband und ohne Stoppuhr. Wer Fußball spielt, in der D-Jugend und jünger – da soll es keine Ergebnisse mehr geben. Ich könnte die Aufzählung jetzt endlos fortsetzen.

Ich halte das für falsch und ich hoffe, dass wir uns hier einig sind, dass man nicht nur Werte erzählen sollte, sondern sie auch einfordern muss - und zwar von den Menschen und nicht von einem abstrakten Gebilde.

Naja, und mein Referent, der bei den Jungen Liberalen ist, hat mir hier noch etwas aufgeschrieben zur Diskussion um die sogenannten stillen Tagen, um das Tanzverbot an Karfreitag ...

OKR Dr. Demut:

Das ist mir auch beim Lesen Ihres Programms aufgefallen.

MdL Kemmerich: Da sind die Jungen Liberalen immer ganz freiheitlich. Man kann hier verschiedene Einstellungen haben. Eine Diskussion, die man führen muss, ist die zum Sonntagsverbot für wirtschaftliche Betätigung. Einzelhändler stehen im Wettbewerb gegen Mitbewerber, die 24/7 offen haben, also der Internethandel. Es gibt geöffnete Weihnachtsmärkte, die vor den Geschäften dieser Einzelhändler stehen. Im kirchennahen Bereich wird ja sonntags ja auch sehr intensiv gearbeitet – das alles sind Widersprüche, die man ansprechen kann. Das sind schon Reibungspunkte und dafür sitzen wir ja hier zusammen, um uns kritisch auszutauschen.

Wofür die Kirche auch m.E. zu Recht kritisiert wird - und damit möchte ich gern schließen – ist, dass sie nach unserem Eindruck bei der politischen Neutralität Luft nach oben hat. Für die Außendarstellung der Kirche geht diese Neutralität manchmal verloren. Z. B. bei Kirchentagen wirkt es für viele Menschen von außerhalb der Kirche doch schon sehr wie politische Statements in einer bestimmten Richtung. Man muss sich nur die politischen Vertreter und deren Parteibücher anschauen, die bei evangelischen Kirchentagen repräsentative Funktionen wahrnehmen, die Programme gestalten und dann auch in den Medien zuvorderst berichtet werden. Natürlich hat jeder Mensch, der Verantwortung innerhalb der Kirche trägt, eine politische Meinung, das ist völlig legitim. Doch ich denke, wir sind alle dazu gehalten, uns zu informieren und die Vielfalt der Meinungen nicht zu unterdrücken, damit jeder tatsächlich sich seine eigene Meinung bilden kann. Damit will ich schließen. Ich sage noch mal ausdrücklich Dank für dieses Gesprächsformat und die Gelegenheit, hier zu Ihren Leitfragen unsere liberale Sicht darzustellen!

Demut:

Sehr geehrter Herr Kemmerich, vielen Dank für Ihr Statement. Für mich ist ein Bild entstanden, an das ich gut anknüpfen kann. Sie haben Dinge markiert und manches habe ich auch vorher schon lesen können in Ihrem Wahlprogramm, bei dem es für mich als Christ und Theologen viele Anknüpfungspunkte gibt.

Ich beginne mal mit der Polemik gegen den Paternalismus. Wir sind hier in Schmalkalden, eine der Mutterstädte der Reformation. Und die Reformation war ja nun eine Bewegung, bei der die Verantwortung des Individuums vor Gott ganz neu geschärft wurde. Die Reformation war sehr wichtig als Impuls für die individuelle Freiheit. Die Reformation hat auch polemisiert gegen solch ein Abschieben der Verantwortung an Dritte. Das ist mir sehr sympathisch und da das sehe ich jetzt keine große Differenz zwischen uns.

Eine erste kritische Rückfrage habe ich zu Ihrem Starkmachen des Leistungsprinzips. Sie haben für den Bildungsbereich ausgeführt, dass Ihnen Noten sehr wichtig sind und generell Leistungsbewertung sehr wichtig ist.

Da würde ich gerne zurückfragen nach dem dahinterstehenden Menschenbild. Als evangelischem Theologen ist mir die Dialektik von Forderungen und Zuspruch, Gesetz und Evangelium sehr wichtig. Und ich bin als Christ überzeugt davon, dass der Zuspruch, das Zutrauen, das Evangelium an erster Stelle steht. Zuerst kommt die Verheißung! Gott schaut auf uns und er sieht zuerst in jeder und jedem von uns die vielen Möglichkeiten und Gaben, die wir haben. Und auch, wenn auf dem Zeugnis eines Schülers vielleicht lauter Vieren und Fünfen stehen, sieht Gott in jedem von uns immer mehr als das, was die Note darstellt.

Hier meldet sich bei mir eine Störung bei Ihrem Konzept, weil dieser utopische Überschuss, dieses Grundvertrauen Gottes zu uns Menschen immer vor der Forderung steht. Ich will nicht die Leistungsbewertung als solche in Frage stellen. Doch die Intention, wenn wir uns gegenseitig nur noch auf das reduzieren, was wir leisten: Das ergäbe eine arg gnadenlose Gesellschaft.

Ihr Bild von den kurzen Zündschnüren finde ich sehr sprechend. Da würde ich gerne nochmal nachfragen: Was meinen Sie, woher das kommt? Könnte dieses Blankliegen der Nerven auch daher kommen, dass wir uns in unserer Gesellschaft gegenseitig jetzt schon viel zu viel Druck machen, ungnädig und unbarmherzig miteinander umgehen?

Ich knüpfe auch an auf Ihre Antwort zur dritten Frage: „Wie stehen Sie zu den Formaten der positiven Religionsfreiheit“. Zu diesen Formaten gehören auch die aus religiösen Gründen geschützten Feiertage.

Nun heißt es in Ihrem Programm zum Beispiel: „die mit der Sonntagsruhe verbundenen Traditionen sind regional sehr unterschiedlich ausgeprägt“.

Ich habe extra nochmal nachgeschaut. Der Sonntag gilt in Europa (!) seit dem 3. März 321 - Sie haben richtig gehört: 321 nach Christus - als gesetzlicher Feiertag. Wo sieht Ihre Partei hier „regional unterschiedlich ausgeprägte Traditionen“??

Der in unserer Kultur gesetzlich geschützte siebte Tag als Ruhetag hat sehr viel mit dem von mir skizzierten Verhältnis von Zuspruch und Leistungserwartung zu tun. Nach meiner Wahrnehmung leben wir jetzt schon in einer Gesellschaft, in der Vieles auf Dynamisierung und Beschleunigung steht.

Die Digitalisierung spielt eine große Rolle – auch in Ihrem Wahlprogramm. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich leide auch darunter, dass in unserem Land bei der Digitalisierung vieles so schlafmützig daherkommt. Meine erste Pfarrstelle war von 1995 – 2006 in einem kleinen Dorf und mit Grausen denke ich an die dünne Datenrate dort.

Doch zugleich leben wir in einer dauerbeschleunigenden Gesellschaft, die immer weiter hochzudrehen scheint. Auch halte ich die These für plausibel, dass wir mittlerweile immer schneller laufen müssen, um überhaupt den aktuellen Ist-Stand zu halten.

In solch einer Gesellschaft ist der Sonntag ein wunderbares Symbol und mehr als ein Symbol, er ist ein tatsächlicher Ruhetag, der uns daran erinnert, dass das menschliche Wesen aus mehr besteht als aus Arbeiten und Konsumieren.

Also, ich habe die kritische Frage an Ihre Programmatik, ob diese nicht arg einseitig auf „Leistung“, auf „Dynamisierung“, auf „Dauerbeschleunigung“ abstellt.

Ein weiterer Punkt. Sie haben gesagt, das Wort „christlich“ taucht in Ihrem Wahlprogramm nicht auf. Das kann ich so bestätigen.

Das Wort „religiös“ taucht allerdings in Ihrem Programm auf – leider ausgerechnet allein dort, wo von „Extremismus-Bekämpfung“ die Rede ist.

An diese Beobachtung möchte ich die kritische Rückfrage knüpfen, weshalb Ihre Programmatik den konstruktiven Beitrag der Religionen für unser Gemeinwesen so wenig würdigt. Sie kennen doch sicher das Böckenförde-Diktum?

Zur Erläuterung für unser Publikum: Ernst Wolfgang Böckenförde war ein altbundesrepublikanischer Verfassungsrechtler, der in den 1960er Jahren die damaligen Kirchen motivieren wollte, sich positiv und konstruktiv auf den freiheitlich-pluralen Rechtsstaat einzulassen. In diesem Zusammenhang hat er die These vertreten, dass gerade der freiheitliche, der weltanschaulich plurale und neutrale Rechtsstaat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen und garantieren kann, wenn er weltanschaulich neutral bleiben will.

Der Staat darf keine Gesinnung erzeugen oder erzwingen wollen. Barmherzigkeit, Einsatz für die Mitmenschen, ethische Grundhaltungen – also Gesinnungen, Haltungen – darf ein Staat nicht selbst produzieren wollen, weil er sonst weltanschaulich übergriffig wird.

Ich bin in der DDR aufgewachsen und habe den damaligen Gesinnungs-Staat noch gut in Erinnerung. Wir alle sollten damals zu „entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten“ erzogen werden. Gott sei Dank darf ich jetzt im Staat des Grundgesetzes leben. Und unser Grundgesetz markiert sehr starke Freiheits- und Abwehr-Rechte für die Bürgerinnen und Bürger *gegenüber* dem Staat!

Also, gerade der Staat, der weltanschaulich neutral bleiben will, ist darauf angewiesen, dass es Gemeinschaften wie z. B. Religionsgemeinschaften und Traditionsstränge gibt, die Haltungen wie Mitmenschlichkeit, Barmherzigkeit und Hoffnung erzeugen.

Lieber Herr Kemmerich: Wegen unseres gemeinsamen Interesses am weltanschaulich neutralen und säkularen Staat kommt mir in Ihrem Wahlprogramm die Wertschätzung für die Religionsgemeinschaften ein wenig zu kurz.

Eine letzte kritische Frage will ich noch stellen: Die Bewahrung der Schöpfung ist für uns Kirchen ein großes Thema und der menschengemachte Klimawandel ist ein Riesen-Thema. In Ihrem Wahlprogramm wird das Schaffen von klaren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in diesem Zusammenhang als, Achtung: „Planwirtschaft“ geschmäht. Das verstehe ich nicht, gerade unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Es gibt weltweit den Trend bei großen Kapital-Fondsgesellschaften, die immer stärker nach Investitionsmöglichkeiten in erneuerbare Energien schauen. Der Trend des *Marktes* zeigt eindeutig in Richtung eines Ausstiegs aus der fossilen Welt – und

Ihr Wahlprogramm bezeichnet diese Markt-Tendenz als „Planwirtschaft“? Sie werden verstehen, dass ich diese Polemik nicht verstehe.

Kemmerich: Was Sie hier ansprechen, ist so komplex - da müssten wir einen ganzen Abend mindestens ausschließlich darüber reden.

Demut: Ich will mal noch zwei, drei Sachen sagen, die mir gut gefallen haben in Ihrem Programm.

Z.B. der Satz „Scheitern“ - gemeint ist Scheitern im Zusammenhang beim Gründen und Führen eines Unternehmens, „ist für uns kein Makel, sondern eine Erfahrung“. Mit diesem Satz kann ich auch als Christ viel anfangen. Wir leben leider in einer Gesellschaft, in der das Scheitern moralisch stigmatisiert wird. Doch dass Dinge schief gehen können und dass man dann nicht im Erdboden versinkt - dieser Satz atmet eine Freiheit, die mir gut gefällt!

Was meinen Sie, weshalb in unserer Kultur das Scheitern so moralisch stigmatisiert wird – z. B. im Unterschied zur amerikanischen Kultur?

Ebenso gut gefallen hat mir der erste Satz in Ihrem Programm: „Wer Dinge verändern will, muss den Mut haben, bei sich selbst zu beginnen.“ Das finde ich von der Haltung her sehr ansprechend.

Ich denke, Sie haben jetzt genügend Stoff und Rückfragen, um uns wiederum in Ihre Gedankenwelt hineinzuführen.

Kemmerich: Vielen Dank! Bitte weisen mich darauf hin, wenn ich bei der Vielzahl Ihrer Rückfragen etwas vergessen sollte.

Zum Leistungsprinzip: DNA der Liberalen ist, jeden Menschen nach seinen Talenten und Gaben gelten zu lassen. Ich greife das Beispiel aus der Schule auf. Ich glaube, wenn jemand auf 4 oder schlechter stehen sollte, dann ist er nicht dumm oder untalentierte, sondern eher faul und renitent. Auch das ist eine Lebensentscheidung, die man treffen kann. Ich will hier gar nicht abschichten. Auch eine fehlerhafte Leistung bedeutet kein Stigma, ein schlechter Mensch zu sein. Denken Sie bitte daran, dass wir uns beim Thema Scheitern einig sind – Scheitern ist kein Makel. Zugleich halte ich es für unerlässlich, dass man sich messen kann in der Erreichung von Zielen, messen kann im Vergleich zu Anderen. Dieser Vergleich ist sehr wichtig –

nicht um von besserem oder schlechterem Menschen zu reden, sondern weil ich mich verbessern und weiterentwickeln will.

Wenn wir das Vergleichen und Messen mit Anderen ausklammern, werden wir spätestens im weltweiten Wettbewerb auf die Nase fallen.

Unsere Welt ist kompetitiv gestrickt. Wer nicht lernt, mit Niederlagen und Scheitern umzugehen, wird es im späteren Leben schwer haben.

Nicht das Scheitern ist das Problem, sondern seine gesellschaftliche Stigmatisierung.

Viele junge Menschen haben mit 25 oder 30 Jahren schon einen Burnout oder erleben jedenfalls schlimmen Stress. Dann gehen sie den Frustrationen aus dem Weg – mit vielen negativen Folgen für die Gesellschaft.

Sie sagten vorhin, wir können doch keine Gesellschaft sein, die nur aus Arbeit besteht. Ich lass das mit dem Sonntag erstmal weg. Doch ich halte es für wichtig, dass wir uns als Gesellschaft zu einer gewissen Grundleistungsbereitschaft bekennen.

Wir erleben gerade den Streik der GDL, also der Lokführer-Gewerkschaft. Zugleich wissen wir von der unstreitigen Tendenz, dass im Jahr 2035 zwei Arbeitnehmer einem Rentner gegenüberstehen. 1990 waren es noch 5 Personen im Arbeitsleben für einen Rentner.

Soll die Antwort darauf sein zu sagen, dass wir alle am besten nur noch 32 Stunden in der Woche arbeiten? Mir leuchtet das nicht ein.

Wenn wir uns aus einer Krise heraus bewegen wollen müssen wir mehr arbeiten, nicht weniger. Da bin ich lange nicht bei dem Thema Ruhetage. Das steht auf einem anderen Blatt. Fakt ist: Wir arbeiten in Deutschland zur Zeit im Jahr mehr als 200 Stunden weniger als im europäischen Vergleich. Ich meine nicht den Vergleich mit Ländern fernab - ich rede vom Vergleich mit Frankreich, Italien, Schweiz: Nirgendwo in Europa wird so wenig gearbeitet wie in Deutschland. Ich habe es mal ausrechnen lassen: Wenn wir in Deutschland einfach wieder 40 Stunden Woche arbeiten würden, wäre das rechnerisch der Ausgleich für 1,2 bis 1,5 Millionen Arbeitnehmer – die in vielen Branchen händeringend gesucht werden: Im Handwerk, in der Pflege, in vielen Bereichen. Unsere Gesellschaft muss sich ehrlich die Frage stellen, ob es der richtige Ansatz ist, immer weniger zu arbeiten. Und das noch verbunden mit der Neigung zu sagen: „Dann muss die vorhandene Arbeit eben jemand anderes machen.“ Wir delegieren Aufgaben weg. Wenn wir keine Leute in der Pflege haben, dann fliegen wir nach Vietnam, um Leute dort anzuheuern – statt eine sinnvolle

Methode zu finden, dass Menschen konzentriert und bei Kräften 40 Stunden in der Woche arbeiten können.

Hier liegt für mich die sinnvolle Frage nach den Ruhezeiten. Hier liegt ein Schlüssel für diesen Eindruck von der Gesellschaft, die auf der Überholspur ist. Meine These ist: Den Stress machen wir uns selbst. Den Eindruck von der Überforderung durch Beschleunigung hatten auch schon unsere Vorfahren vor 100 Jahren. Sie kennen vielleicht das Bonmot von Kaiser Wilhelm, der davon ausging, dass sich diese „Blechkarosse“ niemals durchsetzen würde. Würde der wachsende Verkehrsbedarf noch mit Pferden organisiert, könnten wir Berlin nicht mehr sehen wegen des meterhohen Dungs auf den Straßen.

Ich denke, jede Generation hat den Eindruck, mit unheimlich vielen Veränderungen konfrontiert zu sein, natürlich auch unsere Generation. Die Halbwertszeit von Wissen halbiert sich mit jeder Generation.

Als ich groß wurde, gab es den Spruch: „Einmal Daimler, immer Daimler.“. Du hast eine Ausbildung begonnen und in diesem Job gearbeitet und warst relativ sicher, bis zum Rentenalter dort zu bleiben. Heut kannst du fast sicher sein, dass das genauso nicht funktioniert. Berufsbilder ändern sich, auch unsere Lebenserwartung ändert sich. Doch gerade wegen dieses Wandels brauchen wir die feste Orientierung unserem Wertekanon, ob wir nun religiös sind oder nicht. Dieser Wertekanon kommt in unserem Grundgesetz zum Ausdruck, das auf der christlich-abendländischen Tradition fußt, auch wenn unser Wahlprogramm diese christliche Prägung nicht ausdrücklich benennt.

Wir haben gestern tatsächlich an unserem aktuellen Wahlprogramm gearbeitet, insofern bin ich da noch offen für Veränderungen. Zugleich müssen wir alles in den allgemeinen Verfassungskontext einordnen. Wir müssen versuchen, alle Lebenssachverhalte und die Individualität der Menschen abzubilden. Und da gibt es Menschen, die müssen am Sonntag arbeiten. Einem Krankenhaus kannst du am Sonntag nicht Ruhe verordnen. Wenn wir sonntags mit unserer Familie Essen gehen wollen, dann muss der Gastronom arbeiten. Ich bin seit 34 Jahren selbstständig. Die Leute fragen mich immer, wie machst du das? Ich antworte: Ich mache einfach mal mittwochs frei. Jetzt habe ich nur noch ein Kind in der Schule. Manchmal habe ich sie von der Schule abgeholt und bin mit ihnen ins Freibad gefahren oder was man halt macht. Es muss keinen starren Rhythmus geben: fünf Tage arbeiten und zwei Tage ausruhen. Wir brauchen insgesamt mehr Flexibilität. Und da gibt es schon Blüten

beim Sonntagsarbeitsverbot. Sie haben vielleicht schon gehört von diesen 24 Stunden-Läden. Also Läden, die eigentlich ohne Menschen funktionieren, begehbare Waren-Automaten. Und hier gibt es tatsächlich die Gesetzeslage, dass solch ein Geschäft ohne Verkäufer trotzdem sonntags schließen muss, weil man sonntags gezwungen sein könnte, die Frischware noch auszutauschen – ich finde, das wird irgendwann absurd.

Wir müssen fragen, wie wir was lösen und nicht, wie wir was verhindern können. Der Einzelhändler steht mit dem Rücken an der Wand, weil er nicht weiß, wie er sich gegen Amazon verteidigen soll außer mit seinem individuellen Angebot, was er eben auch zu anderen Zeiten unterbreitet.

Sie sprachen davon, dass der Sonntag europaweit als Feiertag gilt. Doch wenn Sie in Frankreich sind oder in Spanien, finden Sie sonntags in Paris und den kleinsten Städten Läden, die machen nachmittags zwei Stunden auf, ist für seine Kunden da, trinkt mit ihnen Kaffee und dann gehen die Kunden irgendwann wieder nach Hause. Ich will nur Freiheit. Sonntags Öffnen bedeutet ja nicht sonntags Öffnungspflicht. Ein, zwei Themen würde ich noch ansprechen, dann lass ich mich gerne noch mal befragen.

Sie fragten nach meiner Einschätzung, weshalb in unserer Kultur das Scheitern so moralisch stigmatisiert wird – z. B. im Vergleich zur amerikanischen Kultur. Nun, ich denke, wir müssten uns im Inneren mal fragen, wie wir mit Erfolg umgehen. Nicht nur das Scheitern, auch der Erfolg hat in Deutschland ein moralisches Geschmäckle. Wir akzeptieren gerade noch beim Sport, dass jemand erfolgreich ist. Aber wirtschaftlicher Erfolg? Der wird bei uns kulturell geneidet, der wird fast bekämpft. In Deutschland begegnen erfolgreichen Unternehmern Neid und Unterstellungen. Häufig ist ein Satz mit vorwurfsvollem Unterton zu hören: „Wie hat der das geschafft?“ In Amerika begegnet erfolgreichen Unternehmern Bewunderung und Anerkennung – und dieselben Worte: „Wow, wie hat der das geschafft?“ – Sie merken, der Satz ist dort ganz anders gemeint.

In Amerika will man den Erfolgreichen nacheifern, in Deutschland will man ihnen eher das Wasser abgraben. Das ist ein gesellschaftliches Klima, das sich über Jahre entwickelt hat.

Als wir Freien Demokraten am Boden lagen, nämlich, als wir 2013 aus dem Bundestag flogen, haben wir mit dem Thema „German Mut“ beschäftigt.

Sie kennen den Ausdruck in der angelsächsischen Welt „German Angst“. In Deutschland ist das Glas immer halb leer, vorsichtig gesagt.

Wir haben hier eine gemeinsame wichtige Aufgabe, wenn wir die multiplen Aufgaben der nächsten Zeit lösen wollen. Der Generationenvertrag für die Rente steht auf der Kippe. Ich kann jeden jungen Menschen nachvollziehen, wenn er sagt, ich kann nicht mehr mit zwei Leuten die Arbeit von fünfem erledigen. Wir wollen, dass die junge Generation in Deutschland eine echte Chance hat und diese auch wahrnimmt. Wir haben jetzt schon einen großen Exodus von Leuten, die haben kein Zutrauen mehr in eine attraktive Zukunft hier in Deutschland, sie wandern aus nach Norwegen, nach Kanada etc. Dieser Braindrain verschärft unser Problem noch. Gleichzeitig brauchen wir eine klares Bekenntnis dafür, dass jeder in seinem Ruhestand hier gut leben kann und dass die Gesellschaft das auch auffängt.

Dies alles ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der gegenseitigen Konfrontation in den Positionen. Stichwort Klimawandel, Planwirtschaft, Rahmenbedingungen.

Nach meinem Eindruck hatten wir vor fünf, sagen wir vor 10 Jahren noch einen Konsens in unserer Gesellschaft für viele Fragen, Stichwort Fukushima, Atomausstieg – doch dieser Konsens in der Gesellschaft gerät immer mehr unter Druck. Wir erleben das in den Umfragen und schlimmstenfalls bei den anstehenden Landtagswahlen: Konsens in manchen Fragen haben wir zurzeit nicht. Ich sehe das als großes Problem. Viele von uns hier im Raum sind ungefähr gleich alt. Ich bin in der alten Bundesrepublik geworden. Das war eine sehr konsensorientierte Gesellschaft. Der Konsens bestand darin, dass wir gewisse Dinge nicht zum Thema der politischen Auseinandersetzung gemacht haben. Es gab auch früher immer extreme Ränder in der Politik. Aber es war immer klar, dass wir große gesellschaftliche Konsense nicht infrage stellen. Doch die Krisen der letzten Jahre und die politisch teilweise Überbetonung mancher Dinge, z. B. die Frage des menschengemachten Klimawandels, haben zu einer Verrohung der Debatte geführt. Die Konsense sind weg, Vernunft und Mitte stehen stark unter Druck.

Corona und die hochgradig emotionalisierte Debatte um die richtige Strategie im Umgang mit der Pandemie taten ein Übriges. Ich will jetzt gar nicht auf die Diskussion über die Gefährlichkeit des Virus, Ja oder Nein eingehen. Ich will nur eingehen darauf, dass erwiesenermaßen die Bundesregierung Anfang 2020 Leuten Gehör schenkte, die in ihrer Rhetorik die Gefahren von Corona überbetont haben

und in der Folge mit Angst Politik gemacht wurde. Natürlich war es wichtig, mit Maßnahmen die Ausbreitung des Virus einzuschränken. Doch da war manches dabei, über dessen Sinnhaftigkeit man nochmal kritisch und in Ruhe nachdenken sollte. Wir wissen, dass viele Menschen diesen Maßnahmen gegenüber sehr skeptisch eingestellt waren. Diese Gruppe ist in etwa prozentual vergleichbar mit denen, die im politischen Raum mit scheinbar einfachen Antworten auf komplexe Probleme Stimmung machen. Wenn diese Leute, die sich diese Stimmung zunutze machen, immer weiter in politische Verantwortung hineinkommen, wird es immer schwieriger mit manchen Dingen. Beispiel Klimaschutzmaßnahmen. Wir geben gerade bei Saarstahl sieben Milliarden Euro Subventionen aus, um grünen Stahl zu produzieren. Ohne diese Subventionen ist er weltweit nicht wettbewerbsfähig. Solange aber weltweit in der Hauptsache die Stahlindustrie diesem Duktus nicht folgt, ist es in meinen Augen der falsche Ansatz. Wir schwächen uns ohne Not. Über das Thema Heizungsgesetz will ich jetzt gar nicht sprechen. Ich will nur an den alten Satz von Helmut Schmidt erinnern: „Wir müssen ökonomischen und wissenschaftlichem Sachverstand folgen.“

Und wir dürfen das berühmte Bauchgefühl der Menschen nicht geringschätzen, das, was jede schwäbische Hausfrau weiß. Wenn wir in der Politik behaupten, man könne – gegen alle Fakten – die Dinge auch anders betrachten, dann sind wir auf dem Holzweg.

Beispiel Verkehrswende: Es ist immer noch so, dass die fünfzehn größten Tanker der Weltmeere zusammen mehr CO² ausstoßen als die gesamte Autoflotte von Europa. Womit fangen wir an? Statten wir die großen Tanker mit Filtern aus oder verbieten wir uns, Verbrennermotoren zu fahren, die teilweise sauberer sind, die eine bessere Ökobilanz haben als manche Elektrofahrzeuge. Die Europäische Gemeinschaft kommt ja gerade darauf, das „Aus“ für Verbrenner-Autos noch einmal zu überdenken. Ich bin dafür, auf die gesamte CO²-Bilanz einer elektrisch betriebenen Fahrzeugflotte zu schauen: Wie entsteht die Batterie? Was habe ich für Langzeitwirkungen? Wenn ein Elektroauto erstmal 90.000 Km fahren muss, bevor ich auf eine ausgeglichene Ökobilanz komme, dann muss man das doch mal hinterfragen!

Hier kommen wir wieder ganz zum Anfang. Was meinen wir mit marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen versus Planwirtschaft? Wenn ich politisch die Rahmenbedingung setze, dass die Emissionen einer Verkehrsflotte sinken, dann werden die deutschen Ingenieure - das haben sie immer geschafft - irgendwann eine

geniale Idee haben, die das hinbekommt. Und zwar bezogen auf das tatsächliche Ziel: dass die Emission sinkt und nicht, mit welchem Antrieb gefahren wird.

Weiteres Stichwort bei den Rahmenbedingungen: Ausstieg aus der Kohle zugleich mit dem Ausstieg aus der Atomenergie. Und was ist das Ergebnis: Wir haben zurzeit nicht nur den teuersten Strom der Welt, sondern auch den zweitreckigsten Strom der Welt - nach Polen. Die Frage muss man sich einfach stellen dürfen: Weshalb die sicheren deutschen Meiler in der aktuellen Krisenlage nicht noch etwas länger laufen lassen? Die Abschaltung der letzten drei, der letzten sechs AKWs in Deutschland war einfach falsch.

Was haben die Belgier gemacht? Ich bin in der Gegend groß geworden. In Tihange steht ein Meiler, da willst du wirklich nicht in die Nähe gehen. Wir hatten in Deutschland die sichersten Meiler - und wir haben aufgehört, an der friedlichen Nutzung der Atomenergie zu forschen. Auch das ist mir wichtig: Wir dürfen nie aufhören, neugierig zu sein und etwas Neues zu erforschen.

Wenn Außerirdische kurz nach Tschernobyl gekommen wären, hätten sie zu uns gesagt: „Zu Recht habt ihr solche Reaktoren abgeschaltet.“

Doch was würden sie sagen, wenn sie heute wieder kämen? Vermutlich würden sie sagen: „Seid ihr noch bei Trost, vierzig Jahre nicht weiter an der Technologie geforscht zu haben?!“

Der eigentliche Vorwurf ist, dass wir immer noch Reaktoren der ersten Generation betreiben, anstatt die vierte Generation wirklich marktfähig zu machen. Andere Länder werden das tun. Ich bin Jurist, deshalb muss ich mich vorsichtig zu solchen technischen Fragen äußern. Doch was ich weiß, ist, dass die vierte Generation von Reaktoren in der Lage sein werden, den Atommüll soweit herunter zu brennen, noch 97% der im Atommüll vorhandenen Energie genutzt werden kann und nur noch 10% der ursprünglichen Masse und Energie im Restmüll verbleibt. Das hat einen direkten Einfluss auf die Endlager, deren Kapazität dann deutlich geringer sein könnte.

Diese Spur halte ich für zumindest erwägenswert – statt in diese Hybris zu verfallen, an unserem einmal beschlossenen Atomausstieg aus ideologischen Gründen einfach festzuhalten.

Wir sind als einzige Volkswirtschaft der Welt auf dem Weg, komplett aus den fossilen Energieträgern auszusteigen – doch es funktioniert nicht. Wir haben ja in diesen Tagen einen Rechnungshofbericht vorgelegt bekommen. Dort wird uns dargelegt, dass

aktuell 6000 Kilometer Strom-Leitungen fehlen, und wir haben beim Leitungsausbau sieben Jahre Rückstand haben.

Kommen wir zum Elementaren. Für all die vielfältigen Aufgaben braucht man eine aufgeklärte, offene Gesellschaft, aufnahmefähig, veränderungsbereit und man braucht eine leistungsfähige Wirtschaft, sonst wird es schwierig.

Etwas von Ihren Fragen habe ich bestimmt jetzt vergessen.

Demut: Ich knüpfe noch einmal kurz an das zuletzt Gehörte an. Ich bin Theologe und will erst recht nicht auf technischen Fragen eingehen.

Stattdessen möchte ich die Frage stark machen, was die Kräfte in unserer Gesellschaft stärkt, damit wir über strittige Fragen mit Ruhe, mit Augenmaß, mit Überlegtheit debattieren und Lösungen umsetzen können.

Nach meiner Wahrnehmung verläuft die politische Debatte häufig zwischen den Rändern, zwischen den Extremen. Der eine Rand heißt „Verharmlosung“ und das andere Extrem besteht aus apokalyptischer Panikmache. Und „Verharmlosung“ und „Panikmache“ wechseln je nach politischem Thema gern mal die Seiten. Beim Migrationsthema operieren die Rechten mit Panikmache und faseln davon, dass das Abendland morgen untergeht. Bei dieser Herausforderung ist vielleicht das Verharmlosungsticket eher auf der linken Seite des politischen Spektrums gebucht. Und beim Klimawandel ist es genau andersherum. Da hantiert die rechte Seite des politischen Spektrums mit einer Haltung, die ich als Verharmlosung und „es wird schon irgendwie gut gehen“ wahrnehme. Panikmache und „letzte Generation“ kommen da eher von der linken Seite kommt.

Und meine Frage heißt: Was stärkt die Kräfte, die Dinge jenseits von Verharmlosung oder Panikmache zu gestalten? Wie stärken wir Maß und Mitte, Vernunft und Augenmaß?

Kemmerich: Ich denke, vor allem ist wichtig, dass die Gesellschaft insgesamt, und da besonders die sogenannte „schweigende Mitte“ sich mehr einbringt, interessiert, engagiert. Auch heute Abend hier bei dieser Veranstaltung hätten es ja noch ein paar mehr Menschen sein können. Stattdessen sitzen viele jetzt zu Hause und schauen irgendeinen Blödsinn im Fernsehen.

Wir müssen wehrhafter werden, denn genau in der Mitte liegt tatsächlich ja die Wahrheit. Es geht um die sachliche und nüchterne Analyse. Da fängt es an. Ständig

wird übertrieben und aufgebauscht – bei den Medien fängt das an. Die Übertreibung ist die Nachricht. Auf diese Weise können Sachverhalte nicht sachlich dargestellt werden. Wir beide haben das in unserem Studium gelernt, Sie als Theologe und ich als Jurist: Erst mal ist die Analyse wichtig. Worum geht es eigentlich? Was sind die verschiedenen Gesichtspunkte bei einem Sachverhalt? Hat man die Analyse vollzogen, können wir dann eine Wertung, eine Schlussfolgerung ziehen. Ich denke, dass heute häufig vom Grundwerkzeug her die sachliche Analyse fehlt.

Und das regt die Leute auf. Noch einmal das Thema Klima: Der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass wir als deutsche Nation mit 1,8% des weltweiten CO²-Ausstoßes nur bedingt Einfluss nehmen auf das Weltklima. Zugleich weiß auch jeder: Wenn wir mit unserer Ingenieurskunst Innovationen machen für die Bekämpfung des Klimawandels, dann ist das natürlich eine gute Sache. Früher hat Deutschland das gekonnt. Wir hatten Zeiten, da waren wir Spitzenreiter bei Patenten und Nobelpreisen. Wo forschen heute die deutschen Spitzenkräfte? Außerhalb von Deutschland.

Das sind die Fragen, die wir angehen müssen. Wir müssen auch offensiver aus der Mitte heraus agieren und die Verharmloser genauso wie die Radikalinskis, egal welcher politischen Couleur in ihre Schranken weisen.

Vernunft, Mitte, Augenmaß: Eigentlich klingt das überhaupt nicht besonders mutig - aber leider ist es derzeit mutig, weil viele sich der Extrem-Meinung auf der einen oder der anderen Seite anpassen.

Das merke ich in vielen Gesprächen. Ich war letzten Freitag abends in einer Kneipe und traf auf 20 Fußballer. Die Diskussion wurde intensiver, extreme Positionen wurden laut – doch als ich offensiv für mehr Vernunft und Augenmaß warb, hatte ich den Eindruck, dass ich die Leute erreiche.

Diese Bemühung ist unser aller Aufgabe.

Wir stehen häufig fassungslos vor dem Phänomen, was gerade mit unserer Gesellschaft passiert.

Jeder von uns kennt aus seinem Umfeld vermutlich viele Leute, die vielleicht nicht laut bekennen, dass sie bei „blau“ ihr Kreuz machen – doch wenn man ihnen zuhört, ahnt man schon, wen sie wählen. Dann muss man diese Menschen ansprechen und versuchen, ins Gespräch zu kommen und offensiv für die nötigen Veränderungen werben.

Ich denke, das haben wir in Deutschland die letzten zwanzig Jahre zu wenig gemacht. Der letzte, der unserem Land eine echte Reform zugemutet hat, war Gerhard Schröder.

Und das ist jetzt wieder dran. Wir müssen permanent im Veränderungsmodus bleiben, damit die Veränderungen nicht zu brachial über uns kommen. Dann hat auch niemand den Eindruck, dass die Veränderungen uns überfordern.

Ich will jetzt nicht die heutigen politischen Ansichten von Gerhard Schröder diskutieren, aber sagen: Er hatte damals den Mut, sich hinzustellen und eine echte Reform anzustoßen. Wir müssen mehr arbeiten.

Aller paar Jahre haben wir größeren Reformbedarf. Wenn ich den wegleugne, am besten noch mit Geld zukleistere und die Verharmlosungskarte spiele, dann merkt jeder, der vor Ort mit dem Problem betraut ist: Hier stimmt was nicht. Und diese Dissonanz führt dann irgendwann zu einer größeren Zerklüftung und da müssen wir mit uns und mit dieser Gesellschaft ehrlich sein. Und gern soll auch die Gesellschaft mit uns Politikern ehrlich sein. Ehrlich im Sinne von offen und mutig. Meinungen nicht hinterm Berg halten. Wir dürfen alles sagen – doch wir müssen dann auch den Widerspruch aushalten - und der andere muss diesen auch aushalten. Wir zeigen uns die Meinung und geben uns dann trotzdem die Hand. Wie beim Fußball: Ich kämpfe um das beste Ergebnis, man fault sich leider auch manchmal, ich hoffe, nicht zu arg. Doch am Ende schütteln sich alle Hand und bald kommt das nächste Spiel.

Demut:

Herzlichen Dank für den Austausch bis hierhin.